

The background of the cover features a stylized map of Europe. The landmasses are represented by large, irregular shapes in two colors: a vibrant yellow and a muted teal. The shapes are layered and overlapping, creating a sense of depth and movement. The overall aesthetic is modern and graphic.

PHILIP MANOW

Spaltungslinien
Europas Parteiensysteme und die Dekonsolidierung des Nationalstaats

EDITION

MERCATOR

C·H·Beck

Philip Manow

Spaltungslinien

Europas Parteiensysteme und die
Dekonsolidierung des Nationalstaats

C.H.Beck

EDITION
MERCATOR
C·H·Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Umschlaggestaltung und Illustration: buxdesign | München, Daniela Hofner

Umschlagkonzept: Hanna Kronberg, GROOTHUIS Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

ISBN Buch 978 3 406 84621 2

ISBN eBook (epub) 978 3 406 84622 9

ISBN eBook (PDF) 978 3 406 84623 6

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel sowie versandkostenfrei auf unserer Website

www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere Informationen.

Für Nevin

Inhalt

1. Rechte Arbeiterklasse gegen linkes Bürgertum/
linkes Bürgertum gegen rechte Arbeiterklasse? 9
2. À la recherche du centre perdu 24
3. Spaltungen, alt und neu 46
 - 3.1 Rinks und Lechts 46
 - 3.2 *Eine* neue Spaltungslinie? 71
4. Offene Märkte, offene Identitäten 84
 - 4.1 Die ökonomischen Handlungen und die politischen
Haltungen 84
 - 4.2 Die eigene Gestalt als Antwort 103
5. Das Offene, das Geschlossene und der
Extremismus der Mitte 121
6. Die doppelte Transformation 138

Danksagungen 142

Literatur 143

Anmerkungen 156

1.

Rechte Arbeiterklasse gegen linkes Bürgertum / linkes Bürgertum gegen rechte Arbeiterklasse?

«Wenn die Menschen ... wie in einem Spiegel sehen, wo sie das Linke rechts und das Rechte links meinen.» (Thomas Hobbes, *De Cive, Dedicatio* [1642])¹

Umbruchzeiten sind immer auch Zeiten von Begriffskrisen. Mit den Verhältnissen wird das Vokabular ihrer Selbstbeschreibung ebenfalls fraglich. Zugleich scheint das Neue noch nicht angemessen ‹auf den Begriff gebracht›. Das kann natürlich daran liegen, dass sich die Verhältnisse selber noch nicht neu sortiert haben, sich weiterhin im Fluss befinden. Wer es aber nicht bereits für eine Diagnose hält, das Phänomen als ‹Umbruch›, ‹Disruption› oder ‹Unübersichtlichkeit› zu benennen, wen die Feststellung unbefriedigt lässt, dass die Verhältnisse komplexer und widersprüchlicher geworden seien, wird sich womöglich die Frage stellen, aus welchem Blickwinkel, mit welchen Konzepten, vor dem Hintergrund welcher Unterscheidungen sich die Verhältnisse klarer analysieren lassen. Dazu will das Buch einen Vorschlag machen.

Sein Thema sind unsere gegenwärtigen politischen Konflikte. Das ‹unsere› bezieht sich vor allem auf Europa. Es soll also im Folgenden um die politischen Konflikte in Europa gehen – genauer: um die Linien, entlang derer sich der politische Streit gegenwärtig neu ordnet. Der Verlauf dieser Linien, so der Eindruck, ist mit den hergebrachten Begrifflichkeiten unserer politischen Diskurse nicht mehr angemessen zu erfassen. Der Verdacht liegt nahe, dass die bemerkenswerte Entkopplung von Sprache und Feld daher rührt,

dass sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die die Begriffe zugreifen, grundlegend gewandelt haben.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand, grob gesprochen, in den politischen Konflikten über die Ausgestaltung des Kapitalismus eine *«working-class left»* gegen eine *«bourgeois right»* (Zakaria, 2024, S. 239, und Kapitel 8), nachdem sich das Bürgertum im konstitutionellen Staat des 19. Jahrhunderts vor allem wirtschaftliche Freiheitsrechte erkämpft hatte. Heute wählen Arbeiter auf einmal rechts und nicht mehr links – geht es ihnen also gar nicht mehr um die Bändigung des Kapitalismus? Die rechtspopulistischen Parteien selbst scheinen sich dabei mehr und mehr programmatisch umorientiert zu haben, setzen nun öfter auf Protektionismus statt auf Freihandel, auf Umverteilung statt neoliberales *laissez-faire* – wenngleich der Sozialstaat in ihrer Vorstellung möglichst nur den *«Einheimischen»* und nicht den *«jüngst Zugewanderten»* zugutekommen soll. Während noch darüber gestritten wird, wie weit oder ob überhaupt die populistischen Parteien in Fragen von Sozialstaat und Wirtschaft nach links gerückt sind, verdichten sich die empirischen Belege, dass sie das in den letzten Jahren tatsächlich getan haben (siehe unten, Kapitel 3) – so dass sie nun zunehmend für eine neuartige Kombination aus rechter Gesellschaftspolitik und linker Verteilungspolitik stehen (Afonso und Rennwald, 2018; vgl. Ennser-Jedenastik, 2018; Rathgeb und Busemeyer, 2022; Rathgeb, 2024).

Im selben Zeitraum haben sich linke Parteien oft zu Parteien urbaner Bildungseliten gewandelt, und dort wird mitunter eine tiefe Verachtung für genau jenes proletarische Milieu artikuliert, auf dessen Mobilisierung *«die Linke»* früher im Kern gezielt, aus dem sie sich vornehmlich rekrutiert und für das sie schließlich vor allem auch Politik gemacht hatte (oder – im Oppositionsfall – machen wollte). Zugleich formulieren diese Bildungseliten immer wieder eine teils fundamentale Kritik an *dem* *«Neoliberalismus»* –

geht es diesen Bürgern also gar nicht mehr um die Verteidigung der liberalen Eigentumsordnung?

Im Ergebnis zumindest sehen unsere aktuellen Konflikte nun oftmals eher nach *«working-class right»* gegen *«bourgeois left»* aus – und vice versa. Wobei die Links-Rechts-Zuordnungen nicht nur auf Seiten der neuen Rechten, die sich eben zunehmend verteilungspolitisch links orientiert, irritierend uneindeutig bleiben. Denn auch auf Seiten der neuen Linken vermag die gängige Kritik an den spätkapitalistisch-neoliberalen Verhältnissen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass jene, die diese Kritik artikulieren, oft ganz gut mit und in diesen Verhältnissen leben können. Was obendrein die Frage aufwirft, ob die europäischen Gesellschaften der Gegenwart denn als neoliberal überhaupt zutreffend beschrieben sind² oder ob auch hier zu analysieren bleibt, wie die Perspektive auf die Verhältnisse von den Begriffen bestimmt wird, die zu ihrer Beschreibung herangezogen werden. Durchaus möglich, dass der in Europa keineswegs schrumpfende, stattdessen nachweislich anwachsende staatliche und staatsnahe Sektor³ in großer Zahl Mitglieder einer neuen Klasse produziert, denen die Chiffre *«Neoliberalismus»* im Kontext der permanenten Statuskonkurrenz, in der sie sich bewegen, subjektiv plausibel wird – und darüber hinaus ihnen deswegen politisch willkommen ist, weil sie ihrer Tätigkeit und der Ausweitung ihres Tätigkeitsbereichs gesellschaftliche Legitimität verleiht.

Womöglich, auch diese Hypothese ist schon prominent formuliert worden, führt die neue Mittelschicht mit ihren Singularisierungsbestrebungen und ihrer *«psychologisierte(n) Selbstperformance»* (Nickel, 2023, S. 106) dem Kapitalismus schlicht nur eine neue Produktivkraft zu (Boltanski und Chiapello, 2006; Reckwitz, 2017). Thomas Piketty hatte die Lage ja gerade als Konstellation beschrieben, in der eine linke Bildungselite (*«Brahmin Left»*) und eine rechte Besitzelite (*«Merchant Right»*) zumindest in Fragen

von Globalisierung und europäischer Integration eine Koalition eingegangen sind, einen *«bloc bourgeois»* formen (Piketty, 2018) – was nun wiederum einen Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern dieses Projekts ins Leben ruft, dem zwei Wählerwanderungsbewegungen zugrunde liegen, die derjenigen mit höheren Bildungsabschlüssen nach links und die derjenigen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen nach rechts (vgl. Gethin, Martínez-Toledano und Piketty, 2021, S. 38). Und als Beobachtung des inhärenten Zusammenhangs von neoliberalen Wirtschaftsprojekt und linksliberalem Gesellschaftsprojekt herrscht die identische Diagnose ebenfalls in der aktuellen Debatte um den Postliberalismus vor (Deneen, 2023; Borg, 2024; Pabst, 2024).⁴ Auch Andreas Reckwitz hat bereits vor geraumer Zeit von «zwei Dimensionen des Liberalismus» gesprochen, eine «primär wirtschafts- und sozialpolitische, die ihn *eher auf der Mitte-rechts-Seite des politischen Spektrums* verortet, und eine gesellschaftspolitische, die *eher im Bereich links von der Mitte* zu finden ist» (meine Hervorhebungen), nur um zu ergänzen: «Aus etwas größerer Distanz wird jedoch deutlich, dass sich beide Komponenten zu einem politischen Paradigma umfassender Liberalisierung verbinden.» (Reckwitz, 2017, S. 375) Und um ebenfalls hervorzuheben, dass beide Spielarten «entschieden globalisierungsfreundlich» auftreten (Reckwitz, 2019 a, S. 250).

Eine solche globalisierungsfreundliche Koalition aus Besitz- und Bildungselite könnte aus anderer Perspektive wie eine Bestätigung des populistischen Diskurses («Die da oben, wir hier unten!») gelesen werden⁵ – was nur einmal mehr zeigt, dass die hergebrachten Kategorien, insbesondere die Unterscheidung nach «links und rechts» (und damit zusammenhängend die Unterscheidung nach Mitte und Rändern), uns gegenwärtig nicht mehr gut zu orientieren scheinen, weil wir ungewohnte, neue Kombinationen aus beiden Segmenten sowohl «oben» als auch «unten» vor-

finden. Es kann nicht als gänzlich neue Einsicht durchgehen, dass das «gängige Links-rechts-Schema allein zum Verständnis der politischen Entwicklungen nicht mehr taugt» (Reckwitz, 2019 a, S. 240–241).

Der Eindruck, die scharfe Kritik am «Neoliberalismus» sei nur äußerst locker geknüpft an ein ernst gemeintes Projekt der grundlegenden Transformation gesellschaftlicher Besitz- und Einkommensverhältnisse, *vor allem nicht an eine auch nur teilweise Abkehr von einem prinzipiell auf Offenheit setzenden wirtschaftlichen Wachstumsmodell* – wie auch der daraus abgeleitete Vorwurf, die Kritik sei deswegen eher als Teil einer Selbstillusionierung zu verstehen, die es der Mittelschicht erlaubt, ihre im Großen und Ganzen ökonomisch kommode Lage mit einem kritisch-moralischen Habitus zu verbinden –, all das umreißt dann die zur rechtsgewendeten Arbeiterbewegung komplementäre Widersprüchlichkeit der *bürgerlichen Linken*: Sie scheint faktisch-praktisch einverstanden mit den spätkapitalistischen Verhältnissen, die sie so grundlegend zu kritisieren glaubt. Damit wäre die komplementäre Kombination aus linker Gesellschaftspolitik und rechter Wirtschafts- und Verteilungspolitik umrissen.

Von Interesse wäre das im Kontext dieses Buches und seines Arguments allerdings nicht als mutmaßliche Heuchelei eines Milieus oder einer Schicht, die man moralisch skandalisieren könnte (um sie dann womöglich populistisch – «die da oben» – auszubeuten), sondern als Hinweis auf mögliche *strukturelle Gründe* für diese Widersprüchlichkeit. Nur diese sollen hier interessieren. Wie ich in Kapitel 4 näher argumentieren möchte, sollten wir die Widersprüchlichkeit unserer Konfliktlinien und ihrer Deutungen als Ausdruck der zunehmend unter Druck geratenden Beziehungen zwischen nationalstaatlichen Voraussetzungen und Orientierungsrahmen einerseits und supranationalen Bindungen und Festlegungen andererseits fassen. Die daraus resultierenden Span-

nungsverhältnisse haben mit den Verteilungs- und Mitbestimmungsimplicationen solcher Veränderungsprozesse zu tun, gehen aber nicht in ihnen auf. Ihre Beschreibung im Schema von ‹links› und ‹rechts› verschärft die Konsequenzen, die mit den Widersprüchen einhergehen, sie trifft aber weder ihre historische Genese noch ihre ökonomischen Wirkungen.

Aber wie ließe sich stattdessen diese neue Gemengelage abbilden, sofern man nicht einfach nur zu dem insgesamt wenig hilfreichen Urteil kommen will, dass unsere Kategorien und Begriffe mit der Zeit inkonsistent geworden sind?

In den Versuchen, die ungewohnten Positionen, die neuen Synkretismen aus links und rechts inklusive ihrer neuen, teils überraschenden Lager- und Koalitionsbildungen zu klären und sie analytisch einzuordnen, begegnen uns zunächst und mit einer gewissen Folgerichtigkeit Begriffsbildungen, die das zuvor als unvereinbar Angesehene, das Gegensätzliche, miteinander verbinden. Von links: ‹progressiver Neoliberalismus› (Nancy Fraser). Aus konservativer Warte: ‹Woke Capitalism› (Patrick Deneen).⁶ Diese werden auf Seiten der bürgerlichen Besitz- und Bildungseliten verortet – entsprechend ‹Linkskonservatismus› oder ‹links-rechter Populismus› (vgl. Biebricher, 2023; Nachtwey, 2024), die auf Seiten der neuen populistischen Arbeiterparteien ausgemacht werden.⁷ In diesen Zusammenhang gehört auch die politikwissenschaftliche Entdeckung des ‹links-autoritären› Wählers (vgl. Lefkofridi, Wagner und Willmann, 2014). Das allerdings beschreibt die neuen ideologischen Kombinationen nur, erklärt aber noch nicht, wie es zu ihnen gekommen ist und warum sie sich dauerhaft als so attraktiv erweisen. Auf diese Frage wird auch in den Debatten um den Postliberalismus meist nur unbefriedigend geantwortet, wenn die liberale Koalition dort – den populistischen Diskurs einfach nur doppelnd – schlicht als Ergebnis einer Elitenverschwörung interpretiert wird.⁸ Damit bleibt zudem un-

geklärt, warum diese ideologischen Kombinationen nicht schon früher auftraten und in Wahlen Erfolg hatten, warum sie neue, *gegenwärtig* attraktive Kombinationen darstellen.

Alternativ zum Amalgam von Gegensatzpaaren – progressiv/neoliberal, links/konservativ – verhält sich der Versuch, die Konflikte in einem gänzlich anderen Register einzutragen. Das scheint – unter anderem – den Vorteil zu haben, dass sich damit zugleich unterstellen lässt, die politischen Ordnungsbegriffe würden in dem alten, vertrauten Register weiterhin wie gewohnt funktionieren. Dann heißt es, in den Konflikten der Gegenwart ginge es nicht mehr um Interessen, sondern um Identitäten. So lässt sich das neue Konfliktpotenzial in einer sogenannten ‹zweiten Dimension› der Politik eintragen, und man kann so tun, als ob die ‹erste› davon mehr oder weniger unberührt bliebe. Sie kann dann vielmehr dazu dienen, die Unvernunft der zweiten zu ermessen. Hier die *politics as usual*, ‹wer bekommt was?›, die rationale Orientierung an den eigenen Interessen. Im Kontrast dazu die neuen kulturalisierten Politiken, die irrationalen Identitäten, die Affekte, die atavistischen Impulse, das Ressentiment, die Wut und Intoleranz, die Zerstörungslust, deren Unvernunft gerade daran evident zu werden scheint, dass sie sich sogar *gegen die eigenen Interessen* durchzusetzen vermögen.⁹ ‹Kulturell› oder ‹identitär› werden dann zu Platzhaltern für das, was nicht in Nutzenkalkülen aufzugehen, ja sie sogar flagrant zu verletzen scheint. Das zumindest ist eine überaus beliebte Trope der Debatte: Die populistischen Wähler – wutvernebelt, völlig außer sich, von ihren Affekten überwältigt – wählen die, die ihre ökonomischen Interessen nicht vertreten, sondern verraten.¹⁰

Das soll wohl heißen: Wenn sich die neue Wirklichkeit mit den Kategorien von links und rechts nicht mehr verstehen lässt, umso schlimmer für die Wirklichkeit! Wie sehr wir in gewandelten Zeiten leben, könnte man also auch daran ablesen, dass sich nun aus-

gerechnet die Bourgeoisie sorgenvoll über das Proletariat beugt und ihm ›Rückschrittlichkeit‹ attestiert (und damit für sich automatisch ›Fortschrittlichkeit‹ reklamiert). Arbeiter können *als Arbeiter*, darauf laufen diese Analysen offenkundig hinaus, ihre wahre Klassenlage nicht erkennen, Affekte und Ressentiments verschleiern ihnen den Blick (vgl. unten, Kapitel 4.1). Dem Proletariat misslingt heutzutage also nicht nur der Schritt von der ›Klasse *an sich*‹ zur ›Klasse *für sich*‹, sondern es vollzieht sogar den zur ›Klasse *gegen sich*‹. So zumindest lautet die Diagnose der sich besorgt gebenden und in dieser Besorgnis wie selbstlos erscheinenden Beobachter auf den bürgerlichen Rängen: *linkes Bürgertum vs. rechte Arbeiterklasse*.

In der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Literatur firmiert diese ›zweite Dimension‹ der Politik mit ihren Konflikten jenseits der hergebrachten, ›klassischen‹ und klassische Verteilungskonflikte bezeichnenden Links-Rechts-Unterscheidung unter vielen Namen: wahlweise (vgl. Borbáth, Hutter und Leininger, 2023) als ein Konflikt zwischen Libertären und Autoritären (Kitschelt, 1995, 1997; Kitschelt und McGann, 1995) oder als neue Spaltungslinie entlang der Pole ›Integration‹ und ›Demarkation‹ (Kriesi *u. a.*, 2008; Hutter und Kriesi, 2019). Es heißt, Universalismus/Kosmopolitismus auf der einen Seite stünden gegen Partikularismus/Kommunitarismus (›parochialism‹) auf der anderen (Bornschieer, 2010; de Wilde *u. a.*, 2019; de Vries *u. a.*, 2021; Bornschieer *u. a.*, 2024), GAL [grün, alternativ, libertär] gegen TAN [traditionell, autoritär, nationalistisch] (Hooghe und Marks, 2017) – und so weiter und so fort.

Entsprechend stellt man sich die Gesellschaft als in neue antagonistische Gruppen sortiert vor. Sie wäre nun eingeteilt entweder in ›Somewheres‹ oder ›Anywheres‹ (Goodhart, 2017), in ›Sesshafte‹ oder ›Nomaden‹ (Fourquet, 2019), ›Nativisten‹ oder ›Globalisten‹ (Piketty, 2020), ›Kommunitaristen‹ oder ›Kosmopo-

liten» (de Wilde *u. a.*, 2019), in die «Identity Conservatives» auf der einen und die «Identity Liberals» auf der anderen Seite (Sobolewska und Ford, 2020), «libertäre Pluralisten» stünden gegen «autoritäre Populisten» (Norris und Inglehart, 2019), Universalisten gegen Partikularisten (Beramendi *u. a.*, 2015; Westheuser und Zoltinger, 2025), «kulturell progressive Libertäre» gegen «kulturell konservative Autoritäre» (de Vries *u. a.*, 2021)¹¹ – und was der plastisch-typologischen Entgegensetzungen noch mehr sind. Das sind polare und statische Zuspitzungen, bei denen der affektive den analytischen Gehalt mitunter deutlich überlagert, die – zumindest in Teilen – von den Konflikten kontaminiert erscheinen, die sie eigentlich helfen sollten aufzuklären.

Mit diesen begrifflichen Varianten, die zur Unübersichtlichkeit der Lage zunächst lediglich eine Unübersichtlichkeit ihrer Bezeichnungen beizutragen scheinen, ist dabei jedoch stets das Gleiche gemeint, nämlich das Konfliktfeld, das sich zwischen nationalstaatlichen Rahmen und supranationalen Bindungen entfaltet. Es sind die gesellschaftlichen Verwerfungen gemeint, die aus einer zunehmend porösen und ungewissen Nationalstaatlichkeit resultieren – die an Zahl und Intensität zunehmenden Konflikte, die aus der Dekonsolidierung des Nationalstaats und seiner Integrations- und Schutzversprechen folgen (Hooghe und Marks, 2017). Nun will sich aber das Widersprüchliche an unserer Lage auch in dieser Interpretation nicht so recht auflösen – sondern kehrt, wie ich in den folgenden Abschnitten detaillierter zeigen möchte, als Widersprüchlichkeit der Deutung selbst zurück (siehe insbesondere Kapitel 3 und 4).

Im Mittelpunkt unserer heutigen Konflikte, so heißt es, stehe der Gegensatz zwischen einer «Politik der Schließung und einer Politik der Öffnung» (Reckwitz, 2017, S. 414). Als kultureller Gegensatz verstanden, ist sofort einsichtig, wie man ihn in eine Links-Rechts-Unterscheidung rückübersetzen könnte – als Gegen-

überstellung von Toleranten und Intoleranten. Als ökonomischer Gegensatz verstanden, würde eine Rückübersetzung allerdings zu einer gegenläufigen politischen Zuordnung führen: Denn offen heißt hier (neo)liberal (und das bedeutet in der ökonomischen Dimension: rechts), geschlossen meint protektionistisch (und das bedeutet in dieser Dimension: links). Zugleich wird man kaum argumentieren können, die ‹kulturelle› Option für Offenheit sei jeweils ökonomisch völlig unschuldig, sie besäße keinerlei verteilungspolitische Implikationen oder sei von der wirtschaftlichen Offenheit völlig unabhängig und losgelöst – wie es ohnehin eine Verwechslung von analytischen Unterscheidungen und konkreter Lage sein könnte, Konflikte in ihrer Gänze jeweils der einen oder der anderen Dimension zuordnen zu wollen (als klassischer Fall einer Reifizierung von Kategorien). Das in der einschlägigen Literatur bemerkenswerte Insistieren darauf, unsere gegenwärtigen Konflikte seien als exklusiv oder doch wenigstens dominant kulturell und identitär zu verstehen, erweist sich zumindest als hilfreich dabei, die ökonomischen Konsequenzen des eigenen Votums für ‹Offenheit› auszublenden. Dass wir es mit einer Doppelbewegung zu tun haben, mit der ‹Öffnung der Märkte und Identitäten› (Reckwitz, 2017, S. 414) – man müsste es eigentlich anders betonen: mit der Öffnung der Identitäten *und* der Märkte, braucht sich dann in den Kategorien und damit auch in den Analysen nicht zu spiegeln. Aber lässt man die warmen Werte erst einmal absinken, in tiefere Regionen, dann verbinden sie sich zu einer kräftigen, kühlen Unter- und Gegenströmung.

Wir kommen also nicht heraus aus der Widersprüchlichkeit der politischen Einordnungen und können nicht umhin, den Gründen für die neuen, seltsam erscheinenden programmatischen Kombinationen von links und rechts nachzugehen und zu fragen, warum sie heute so präsent sind und sich als so attraktiv erweisen. Bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, erfordert die